



Ökologisch-Demokratische Partei
Kommunalwahlprogramm
für Nürnberg 2020

www.oedp-nuernberg.de

Inhalt

Vorwort	3
Erfolge in der Stadtrats-Periode 2014 - 2020	4
Städtischer Klimaschutz	5
Verkehr nachhaltig gestalten	5
Weniger motorisierter Verkehr für bessere Luft und weniger Lärm	5
Sicher unterwegs zu Fuß	6
Radverkehr fördern	6
Mehr Sharing führt zu weniger Autos	7
Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen	8
Autoverkehr umweltverträglicher gestalten	9
Flugverkehr auf das Nötigste reduzieren	9
Familie und Soziales	10
Familie/Kinder/Jugend	10
Kindertagesstätten	11
Inklusion mutig anpacken	12
Lebensqualität/Gesundheit	12
Gewalt	14
Wohnen	14
Bildung	16
Schulen	16
Volkshochschule und Stadtbibliothek	17
Kultur	18
Menschenrechte, Migration	18
Tierschutz	19
Wildtiere in der Stadt	19
Nutztiere	20
Haustiere	20
Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit	21
Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern	21
Investition in städtische Infrastruktur und Leitungsnetze	22
Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen	22
Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern	23

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im gesamten Programm darauf verzichtet, die weibliche und männliche Form zu verwenden. Es sind aber stets alle Geschlechter gemeint.

Einige Punkte im Programm betreffen die Landes- oder Bundespolitik und gehören im engeren Sinne nicht in ein kommunalpolitisches Programm. Wenn sie dennoch hier erwähnt werden, dann im Sinne von "Die Stadt Nürnberg möge sich für Änderungen auf Landes- oder Bundesebene einsetzen".

Vorwort

Was die ÖDP auf allen politischen Ebenen seit Jahren fordert, ist inzwischen durch die Aktivitäten der Fridays-For-Future-Bewegung in das Bewusstsein aller vorgedrungen: Der Klimawandel hat nicht nur auf die Bewohner von Südsee-Inseln Auswirkungen, und Schuld daran sind nicht nur einzelne Industrienationen, sondern er betrifft alle und alle müssen etwas dagegen tun. Global denken und lokal handeln heißt mehr denn je die Devise.

Die Kommune sollte hier alle Möglichkeiten nutzen, den Bürgern ihren Ressourcenverbrauch bewusst zu machen und ihnen einen nachhaltigen Lebensstil zu ermöglichen. Wir brauchen eine Verkehrswende, die den motorisierten Individualverkehr in der Stadt reduziert. Dazu müssen die Alternativen, also Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Nahverkehr deutlich an Attraktivität gewinnen und für jeden erschwinglich werden. Aber auch im Hinblick auf Wohnen und die Möglichkeiten, sich gesund aus der Region zu ernähren, sind noch kreative Lösungen gefragt. Hier alle Menschen anzusprechen und zu beteiligen, ist eine große Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Einwohner Nürnbergs wohl fühlen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion, egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Mehr direkte Demokratie in der Stadt oder auch im Stadtteil gibt allen Menschen eine Beteiligungsmöglichkeit und beugt Politikverdrossenheit vor.

Alle Entscheidungen des Stadtrats müssen dem Gemeinwohl dienen und dürfen nicht zu Lasten Schwächerer oder nachfolgender Generationen gehen. Um dies transparent umzusetzen, hat sich die ÖDP von je her verpflichtet, keine Firmenspenden anzunehmen. Dies fordern wir auch von allen anderen Parteien und Stadträten.

Erfolge in der Stadtrats-Periode 2014 - 2020

- Eibacher Forst als Bannwald gerettet: Erweiterung des Hafen-Industriegebietes Süd verhindert
- Einbeziehung des Eichen- und Erlen-Waldes westlich Unterbürg in das Naturschutzgebiet Pegnitztal-Ost erreicht
- Runder Tisch Radverkehr angeregt
- Gedenktafeln für NSU-Standorte angeregt
- Öffnung des Hauptmarktes für den Radverkehr angestoßen und erreicht
- Bewerbung um den Titel „Fairtrade-Stadt“ angeregt
- Klimafahrplan durchgesetzt (Leider hatte unser schärfer formulierter Antrag zur Ausrufung des Klima-Notstands nicht genug Zustimmung erhalten und sogar die Grünen waren dagegen.)
- Verzicht auf Tropenholz an Nürnberger Parkbänken erreicht
- Sonntagsschutz: 2 verkaufsoffene Sonntage in Nürnberg gestrichen
- Trauerweide südlich des Hauptbahnhofes erhalten
- Stellenschaffung „Ansprechpartner für Männer“ als Erste beantragt und mit der gesamten Ausschussgemeinschaft erfolgreich durchgesetzt.
- Neu gestaltete Integrationsrichtlinien der Stadt Nürnberg maßgeblich mitformuliert - bessere Allgemeinverständlichkeit erreicht
- Frühzeitige Veröffentlichung der Eintragungszeiten für das Volksbegehren Artenvielfalt - „Rettet die Bienen!“ in Nürnberg erreicht
- Südliches Moorenbrunnfeld: Freifläche erhalten
- Maßnahmenvorschläge für verbesserte Teilhabe in vier Arbeitsgruppen der Nürnberger Inklusionskonferenz eingebracht
- Slogan „Radverkehr wird Chefsache“ geprägt - der inzwischen auch von anderen Parteien verwendet wird!
- Slogan „Inklusion wird Chefsache“ geprägt - der noch nicht von anderen kopiert wird!
- Gemeinsam in der Ausschussgemeinschaft erreicht: erstmalig Auswahl zwischen mehreren Kandidierenden bei der Wahl „Sozialreferent/-in“
- Für Schutzbedürfnis von christlichen Konvertiten in überwiegend von Muslimen bewohnten Gemeinschaftsunterkünften sensibilisiert
- Erweiterung der böllerfreien Zone in der Altstadt erreicht
- Tiergerechte Bestandsregulierung der Stadttauben-Population

Städtischer Klimaschutz

Der Klimawandel ist im Gange und inzwischen für jeden spürbar und muss konsequent bekämpft werden. Auch bei uns in Nürnberg muss daher jede Entscheidung des Stadtrats auf ihre zukünftige Klimawirksamkeit überprüft werden. Die Grünflächen in der Stadt gilt es unbedingt zu erhalten und auszubauen.

Daher fordern wir:

- Die Stadt Nürnberg ruft den **Klima-Notstand** aus, so wie es viele andere Städte bereits taten.
- Die Stellplatzsatzung (für Neubauten) wird zurückgezogen.
- Bei Neubauten wird pro Wohneinheit verbindlich ein Grünanteil vorgesehen. Das kann ein Baum am Haus, ein Gartenanteil oder auch eine Fassaden- oder Dachbegrünung sein.
- Bestehender Baumbestand soll geschützt werden.
- Jede leere Baumscheibe soll schnellstmöglich erneut bepflanzt werden.
- Bei städtischen Gebäuden muss die energetische Sanierung Vorrang bekommen.
- 100% Elektrifizierung der VAG-Busse

Verkehr nachhaltig gestalten

Wir brauchen die **Verkehrswende**, um den Schadstoffausstoß zu reduzieren und Nürnberg lebenswert zu erhalten. Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Motorisierter Individualverkehr soll so weit wie möglich vermieden, unvermeidbarer Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert und der übrige Verkehr umweltverträglicher, gesünder und leiser gestaltet werden. Dem Autoverkehr wird zu viel Platz und Geld eingeräumt.

Weniger motorisierter Verkehr für bessere Luft und weniger Lärm

Wir wollen Verkehr verlagern: weniger Autoverkehr, mehr alternative Verkehrsmittel. Mit dem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs kann mehr Raum für Menschen gewonnen werden. "Stadt für Menschen statt für Autos!"

Wir fordern:

- Stadtteilzentren stärken, um motorisierten Einkaufsverkehr zu vermeiden.
- Bestehende Einkaufszentren sind um kleine dezentrale Nahversorgungs-Möglichkeiten zu ergänzen, die zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sind. Sichere Fuß- und Radwege führen zu weniger Autoverkehr.
- Wir wollen in Wohnvierteln den Autoverkehr weitgehend reduzieren und so für mehr Ruhe, saubere Luft und mehr Platz für die Menschen sorgen.
- Den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschneidwegs lehnen wir ab. Stattdessen soll die bestehende Straße so umstrukturiert werden, dass am Rande sicherer Fuß-

und Radverkehr möglich ist, sowie Geschäfte und Straßencafés besucht werden können (Frankenboulevard).

Sicher unterwegs zu Fuß

Das „Stadterlebnis“ und die Lebensqualität in Nürnberg hängen davon ab, wie man sich als Fußgänger in der Stadt bewegen kann. Dies gilt vor allem für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung.

Im Umfeld von Schulen gibt es besonders viele Unfälle durch undiszipliniertes Parken und Halten.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Verkehrsberuhigte Innenstadt: Ausbau der Fußgängerzone in der Altstadt, um Fußgängern ausreichend Raum zu geben.
- Sichere Schulwege für alle Kinder!
- „Bus mit Füßen“ für alle Grundschulkinder, das heißt: Schulweghelfer sammeln Schulkinder im Wohnviertel ein und begleiten diese gemeinsam zu Fuß zur Schule.
- Um die Selbstständigkeit der Schüler zu fördern und Unfälle zu vermeiden, sollten unseres Erachtens die Schüler nur in Ausnahmefällen von den Eltern mit dem Auto gebracht und abgeholt werden. Daher sollten im Umkreis von Schulen großzügig Halteverbotszonen ausgewiesen werden. Diese müssen auch konsequent überwacht und Verstöße dagegen geahndet werden.
- Fußwege sollten so gestaltet und freigehalten werden, dass zwei Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren aneinander vorbeikommen. (Beachtung der Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen, EFA 2002)
- Schaffung von mehr Plätzen, die zum Verweilen einladen
- Begrünte Fußgängerzonen in Stadtteilzentren
- Ampelschaltungen stärker am Bedarf von Fußgängern ausrichten, z. B. durch zusammenhängende ausreichend lange Ampelphasen bei Verkehrsinseln
- Ausbau von Zebrastreifen, vor allem an Schulen und mit Signalleuchte
- Konsequente Ahndung von Fußweg-Parkverstößen
- Einschränkungen für das Parken von E-Rollern auf Fußwegen

Radverkehr fördern

Das Fahrrad ist ein emissions- und lärmfreies, soziales, schnelles, gesundes und effizientes Fortbewegungsmittel. Radfahren muss in Nürnberg sicher werden, erst dann wird das Rad für viele alltagstauglich. Wir treten ein für sicheres und entspanntes Radfahren in Nürnberg. Wir wollen **Radverkehr zur Chefsache machen**, damit dieser besonderes Augenmerk und hohe Priorität erhält. Deshalb unterstützen wir den **Nürnberger Radentscheid**.

Die ÖDP fordert:

- Die Funktion des städtischen Radverkehrs-Beauftragten wird disziplinarisch direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt.
- Massiver Ausbau der Radinfrastruktur
- Ein durchgängiges Radwegenetz durch Nürnberg in allen Stadtteilen
- Ausreichend breite Radwege, die unterschiedliche Geschwindigkeiten zulassen
- Ausbau von baulich getrennten Radwegen
- Kombinierte Fuß-Radwege sollten nur Ausnahmen sein.
- Für den Radverkehr optimierte Ampelschaltungen: Wenn entlang einer Straße mehrere Ampelkreuzungen aufeinander folgen und diese zentral gesteuert werden, dann ergeben sich viele Möglichkeiten, es für eine Verkehrsgruppe optimal zu gestalten. Wenigstens für eine Richtung und Geschwindigkeit kann man dabei eine „grüne Welle“ einrichten. In der Vergangenheit war stets der „frei fließende Autoverkehr“ das Optimierungsziel. Auch wenn die Geschwindigkeiten der Radler viel unterschiedlicher sind als die der Autos, könnte man die Ampelschaltungen wenigstens für einen Teil der Radler und in eine Richtung optimal gestalten. Wir fordern die Machbarkeitsprüfung und die Einrichtung einer Modellstraße, z. B. entlang eines Radschnellweges.
- Deutlicher Ausbau von Fahrradabstellplätzen an Bahnhöfen, Verkehrsknotenpunkten, Nahversorgungseinrichtungen und in innerstädtischen Wohngebieten. Diese sollten überdacht sein und eine diebstahlsichere Anschließmöglichkeit beinhalten.
- Verpflichtung zu überdachten Radabstellanlagen bei Neubauten (Stellplatzsatzung). Auch für Lastenfahrräder oder Fahrradanhänger sollen ausreichende Abstellflächen vorgesehen werden.
- Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV
- Ausbau des VAG-Rad, besonders auch in den Stadtrandgebieten
- Kreuzungs-Gestaltung für Radverkehr optimieren, z. B. durch Aufstellflächen für Radfahrer
- Baustellen-Umleitungen für Radfahrer
- Rad-Schnellstrecken und Radbrücken konsequent umsetzen
- Service-Stationen entlang von Radwegen
- Polizei aufs Rad
- Konsequente Ahndung von Radweg-Parkverstößen
- Dusch- und Umkleidemöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen
- Bike-and-Ride-Parkhäuser
- Ausbau der Fördermöglichkeiten für Lastenfahrräder, auch als Anreiz für Leih-Lastenräder in jedem Stadtteil

Mehr Sharing führt zu weniger Autos

In Nürnberg wird der Raum des stehenden Verkehrs für Fußgänger, Radfahrer und neue, ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte benötigt. Sharing-Angebote reduzieren den CO₂-Ausstoß sowohl bei Herstellung als auch Verwendung. Bike-Sharing ist ein

umweltfreundliches, gesundheitsförderndes Erfolgsmodell und eine sinnvolle Ergänzung zur VAG.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Mobilitätsstationen in allen Stadtvierteln
- Car-Sharing Angebote auch in Stadtrandgebieten
- Umwidmung von öffentlichen Parkplätzen zugunsten von Carsharing
- Verpflichtung der Betreiber von E-Rollern zu nachhaltigen Geschäftskonzepten für die kommerzielle Zulassung
- Eine Verbundkarte/Lösung für alle Verkehrsarten (Car- und Bike-Sharing, Taxi, ÖPNV).

Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen

Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss massiv verbessert werden. Nur so wird der Umstieg vom Auto auf die Öffentlichen im großen Stil funktionieren. Wir wollen den Nahverkehr zum "ÖDPNV" machen. Die Abkürzung bündelt die Ideen und Forderungen der **Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)** für den **Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV)** in der Region Nürnberg.

Ziel ist eine Aufteilung von 80:20 (modaler Split) bis 2030. Dabei sollen ÖPNV, Fußgänger und Radfahrer 80% abdecken, während der **Motorisierte Individualverkehr (MIV)** nur noch einen Anteil von 20% am städtischen Verkehrsaufkommen ausmacht.

Die ÖDP fordert:

- Durchgehender 5-Minuten-Takt bei den Straßenbahn- und U-Bahnlinien
- Mindestens 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien, auch am Abend und am Wochenende
- Bessere Taktung der Regionalzüge für die Umland-Pendler
- Ausbau des Nachtliniennetzes: Nightliner sollten täglich und nicht nur an den Wochenenden fahren. Zusätzlich ist die Schaffung weiterer Linien zu prüfen.
- Durchgängige Nachtfahrten der automatischen U-Bahn
- Verbesserte Querverbindungen im Stadtgebiet
- Ausbau der U3 von Großreuth bis Stein (unter der Voraussetzung einer positiven Kosten-Nutzen-Rechnung)
- Ausbau des Straßenbahnnetzes, z. B. Straßenbahn durch die Sebalder Altstadt ohne Fahrdraht
- Beschleunigung von Straßenbahn- und Buslinien durch entsprechende Ampelschaltungen und separate Trassenführung (z.B. Busspuren)
- Freifahr-Zone für kostenlose Nutzung von Bus und Bahn, die den Altstadtring und die Altstadt selbst umfasst. Wir schlagen dafür folgende Streckenabschnitte vor:
 - zwischen Hauptbahnhof und Plärrer (U1)
 - zwischen Rathenauplatz und Plärrer (U2 und U3 sowie Buslinie 36)
 - zwischen Plärrer und Tiergärtnerort bzw. Hallertor (Tramlinien 4 u. 6)
 - zwischen Heilig-Geist-Spital und Maxtor (Buslinien 37, 46 und 47)

(ÖDP-Stadtratsantrag vom 15.01.2020)

- Vereinfachung des Tarifsystems: zurück zur einheitlichen Streifenkarte im gesamten VGN-Gebiet.
- Beibehaltung des Semestertickets für Studierende, solange der ÖPNV nicht kostenfrei nutzbar ist

Autoverkehr umweltverträglicher gestalten

Aufgabe der Stadtpolitik muss es sein, den Anteil des Kfz-Verkehrs sukzessive zu senken. Die Verkehrsinfrastruktur muss so umgebaut werden, dass alle vermeidbaren Autofahrten unterbleiben und zunehmend mehr Haushalte auf ein eigenes Auto verzichten können.

Die ÖDP fordert in Nürnberg:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit; Ausnahmen auf Hauptverkehrsstraßen
- Einführung einer City-Maut wie in vielen anderen europäischen Städten
- Schaffung zusätzlicher Park & Ride-Möglichkeiten, besonders an S-Bahn- und U-Bahnstationen am Stadtrand.
- Vermehrtes Pflanzen von Bäumen und Hecken entlang von Hauptstraßen, um die Schadstoff- und Lärm-Belästigung für die Anwohner zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und die Stadt zu kühlen
- Parkplatz-freie Wohngebiete mit Quartiers-Parkhäusern wo möglich
- Verkehrsberuhigung durch mehr Einbahnstraßen-Regelungen in Wohngebieten
- Förderung der Paketzustellung durch Elektro-Fahrzeuge oder E-Lastenräder (letzte Meile)
- Umstellung der städtischen Dienstwagenflotte auf emissionsärmere Antriebe
- Ausbau des Angebots an Wasserstoff-, Erdgas- und Elektrotankstellen

Flugverkehr auf das Nötigste reduzieren

Fliegen ist die klimaschädlichste Fortbewegungsart, daher muss es auf das Notwendigste reduziert werden.

- Reduzierung des Flugverkehrs und kein weiterer Ausbau des Flughafens
- Start- und Landegebühren sind auf mindestens die Umweltkosten der Flüge (derzeit ca. 180 Euro pro Tonne CO₂) anzuheben.
- Keine Subventionierung des Flughafens durch die Stadt als Anteils-Eignerin und Geberin günstiger Kredite.
- "Flugticket+ City": bei jedem Ticket ab oder nach Nürnberg soll ein Ticket für den Nürnberger ÖPNV inklusive sein.
- Prüfung der Nutzung alternativer Treibstoffe, die weniger umweltschädlich sind.
- Beschränkung der Landeerlaubnis auf effiziente Flugzeugtypen.
- Prüfung der Bevorzugung hocheffizienter Flugzeugantriebe und des Verbrauchs pro Person z.B. via gestaffelter Start-/Landegebühren nach Emissionen je Personenkilometer.

- Prüfung von Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Effizienz und Lebensdauer von älteren Flugzeugen durch Umrüstung (je nach CO2-Bilanz).
- Verhinderung der Flughafen-Nordanbindung
- **Echtes Nachtflugverbot** zwischen 22.00 und 06.00 Uhr, um insbesondere die Gesundheit der Menschen in der Nordstadt, Ziegelstein und Buchenbühl zu schützen.
- keine innerdeutschen Dienstflüge für (Ober-)Bürgermeister, Stadträte und städtische Angestellte
- keine Nutzung des Nürnberger Flughafens für illegale Kriegsführung (Militäraktionen, die nicht durch das Völkerrecht legitimiert sind)

Familie und Soziales

Familie/Kinder/Jugend

Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und durch die einseitig materialistische Sicht der Welt so stark gefährdet wie die Familie. Unstrittig ist: Die Familie hat sich als die am besten geeignete Form des Zusammenlebens bewährt. Wir wollen die Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In der Familie kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden.

Die ÖDP setzt sich deshalb auf Bundes- und Landesebene für ein einkommensunabhängiges Erziehungsgehalt ein. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern ist in allen Lebensbereichen zu gewährleisten. Der längst fällige, gerechtere Familienleistungsausgleich ist zwar Aufgabe des Staates. Die Stadt kann jedoch in ihrem Zuständigkeitsbereich ein Vorbild sein und einen Beitrag für ein kinder- und familienfreundliches Umfeld und für die Aufwertung der Familienarbeit leisten.

Die ÖDP setzt sich weiter für folgende Ziele ein:

- Die **Kinderbetreuung muss freiwillig bleiben**. Zunächst müssen genügend Kindergartenplätze für Kinder ab 3 Jahren zur Verfügung stehen. Erst wenn für dieses Alter der Bedarf gedeckt ist, dürfen Krippenplätze für unter 3-Jährige geschaffen werden. Es soll damit vermieden werden, dass Kinder frühzeitig in Krippen gegeben werden müssen, damit sie dann bei der Vergabe von Kindergartenplätzen sicher berücksichtigt werden.
- Es muss für Eltern immer die Möglichkeit bestehen, das Kind auch schon vor dem Mittagessen aus Krippe, Kindergarten oder Hort abzuholen, denn gemeinsame Mahlzeiten innerhalb der Familie geben Raum Erlebtes zu besprechen und stärken den Familienzusammenhalt.
- Um Jugendliche für Demokratie zu sensibilisieren und sie auf Augenhöhe Mit-Entscheiden zu lassen, soll ein **Jugend-Stadtrat** etabliert werden, der von Schülerinnen und Schülern aus ihren Reihen gewählt wird und über ein eigenes Budget verfügt.

Kindertagesstätten

Durch die zunehmende außerfamiliäre Betreuung der Kinder gewinnen Schule und Kindertagesstätte immer mehr an Bedeutung. Um die Vermittlung von Bildung und sozialer Kompetenz in diesen zu optimieren fordern wir:

- Die Stadt Nürnberg hat für eine ausreichende Anzahl an Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu sorgen. Deshalb ist der flächendeckende Ausbau von Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen zu fördern. Dies darf aber weder auf Kosten einer echten Wahlfreiheit bei der Kindererziehung, siehe unter Familie/Kinder/Jugend, noch auf Kosten der Qualität der Kinderbetreuung gehen.
- Um diese Qualität in Krippen sicher zu stellen, fordert die ÖDP seit langem einen Betreuungsschlüssel in Krippen von höchstens 1:3. Dieser sollte auch bei Erkrankung von Teilen des Personals durch Bereithalten einer mobilen Personalreserve gewährleistet sein.
- Auch das Angebot an Tagesmüttern/-vätern ist zu fördern, z. B. durch Schulungsangebote und Zuschüsse. Größere Unternehmen müssen verpflichtet werden, einen Betriebskindergarten einzurichten.
- Die Attraktivität des Erzieher-/Erzieherinnen-Berufes muss durch Anreize wie das Zurverfügungstellen einer günstigen Wohnung oder höhere Zuschläge erhöht werden.
- Die Stadt Nürnberg garantiert allen Kindern ab 3 Jahren einen wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Kindergartenplatz. Die Eingewöhnungsphase sollte sich, ähnlich wie in der Krippe, über mehrere Wochen erstrecken. Diese beiden Maßnahmen sollen sicherstellen, dass Kinder nicht in Krippen gegeben werden müssen, um nachfolgend einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Die Eingewöhnungsphase soll dem Kind den Übergang von der Familie in die Fremdbetreuung erleichtern.
- Aufgrund des hohen Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund ist die Stadt Nürnberg besonders in die Pflicht genommen, z. B. mit gezielter Sprachförderung bereits im Vorschulalter, aber auch mit einem erweiterten Kursangebot für Eltern. Auch für Kinder mit Auffälligkeiten und Defiziten in anderen Bereichen fordern wir eine noch intensivere Betreuung und Unterstützung, damit auch alle wirklich die gleichen „Startchancen“ haben! Wir unterstützen alle Anstrengungen, **Inklusion und Integration zu verwirklichen**.
- Um die Bedeutung der vorschulischen Erziehung hervorzuheben, fordern wir die Unterstützung der Stadt für ein beitragsfreies Kindergartenjahr für alle Kinder. Die bisherige Bezuschussung für Kinder ab 3 Jahren sollte wie bisher erfolgen. Eine Bezuschussung für Kinder von 1-3 Jahren, die eine Kinderkrippe besuchen, lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen die Auszahlung eines Erziehungsgebhalts, das auch zur Bezahlung des Krippenplatzes eingesetzt werden kann.
- Um den Eltern eine optimale Ausgestaltung des Familienlebens zu ermöglichen, fordern wir eine hohe Flexibilität bezüglich der Kern- und Buchungszeiten in städtischen Einrichtungen. Die Mindestbuchungszeit sollte in den städtischen Krippen von 20 auf 8 Stunden herabgesetzt werden, wenn das Kind mindestens zwei Tage pro Woche die Krippe besucht. Im Hort fordern wir eine Abkehr von der

Kernzeit, so dass Eltern ihre Kinder außerhalb der Hausaufgabenzeit flexibel abholen können.

- Die derzeitige Kindergarten-Bezuschussung pro Kind und Betreuungszeit ist bürokratisch und erschwert die Organisation der Kinderbetreuung. Wir treten dafür ein, dass die Kindergärten wie früher pro Gruppe finanziert werden. In kleineren Gruppen können auch jüngere Kinder und Kinder mit einer Behinderung besser integriert werden.

Inklusion mutig anpacken

Schon seit Ende 2018 wird in Nürnberg an einem lokalen Aktionsplan zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen gearbeitet. In diesen Prozess konnten sich bereits engagierte Bürger in verschiedenen Arbeitsgruppen einbringen. Die Ergebnisse aus diesen Arbeitsgruppen sollten zügig veröffentlicht und zeitnah umgesetzt werden.

Die ÖDP setzt sich für folgende Ziele ein:

- Schulen und Orte für Bürgerversammlungen müssen barrierefrei zugänglich gemacht werden. Dies bedeutet nicht nur, dass die Wege für Gehbehinderte keine Stufen haben dürfen oder Aufzüge vorhanden sein müssen. Es muss auch für technische Vorrichtungen für verschiedene Einschränkungen wie Schwerhörigkeit gesorgt und bei Bedarf müssen Gebärdensprachdolmetscher engagiert werden.
- Um das Thema mit höherer Priorität und schneller voran zu bringen, soll eine **Stabsstelle Inklusion direkt beim Oberbürgermeister** angesiedelt werden.
- Eine Übersicht barrierefreier Unterkünfte in Nürnberg würde auch Touristen mit Handicap den Besuch unserer Stadt erleichtern.
- Sportvereine sollen finanziell unterstützt werden, um im Breitensport verstärkt auch inklusive Teams bilden zu können.
- Konsequenter Abbau von Barrieren in öffentlichen Verkehrsmitteln
- An der neu geplanten Technischen Universität Nürnberg (TUN), soll ein Studiengang angeboten werden zur Erforschung und Entwicklung technischer Lösungen zur Inklusion (ÖDP-Stadtratsantrag vom 23.05.2019).
- Inklusion beginnt schon vor der Geburt: Familien, die ein behindertes Kind erwarten, bedürfen der besonderen Unterstützung und Ermutigung und sollen durch eine städtische Beratungsstelle umfassend betreut werden.
- Thematisieren von Inklusion - insbesondere am Arbeitsmarkt - in der Ausbildung zukünftiger Unternehmensleiter an Hochschulen und in IHK und Handwerkskammer

Lebensqualität/Gesundheit

Ökologische Politik ist die effektivste Gesundheitspolitik. Durch eine Wende in der Energie-, Verkehrs- und Abfall-Wirtschaftspolitik und die Förderung ökologisch produzierter Lebensmittel in der Region werden die Voraussetzungen für ein gesundes Leben wesentlich verbessert.

Die ÖDP setzt sich für folgende Ziele ein:

- Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft beim Klinikum Nürnberg und den städtischen Alten- und Pflegeheimen (NürnbergStift). Die Patienten- und Bewohnersicherheit muss durch eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften und eine offene Fehlerkultur garantiert werden.
- Förderung von Vorbeugung und Vorsorge in der städtischen Gesundheitspolitik mit einer entsprechenden personellen Ausstattung.
- Ausbau der aufsuchenden Gesundheitshilfe, Aufbau von dezentralen Gesundheitsberatungsstellen sowie eine ausreichende Gesundheitsinfrastruktur in allen Stadtbezirken.
- Förderung von Produktion, Vermarktung und Verwendung ökologischer Lebensmittel, z.B. durch Umstellung des Angebots in den städtischen Kantinen, Altenheimen und Kindertagesstätten, Schulküchen und Mensen.
- Konsequentes Vorgehen gegen Wohngifte in städtischen Gebäuden.
- Zur Unterstützung armer Menschen sollen Initiativen wie Foodsharing und die Tafeln gefördert werden. In unserem reichen Land ist es eine Schande, wenn Menschen hungern oder sich nur schlecht ernähren können und gleichzeitig ca. 30% aller Nahrungsmittel im Müll landen, weil sie das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht haben oder nicht mehr verkäuflich erscheinen.
- Der Klimawandel macht sich auch in Nürnberg zunehmend bemerkbar. An heißen Sommertagen wird es in der großflächig asphaltierten Innenstadt mit ihrer geringen Zahl an Straßenbäumen schnell unerträglich. Hier fordert die ÖDP eine Ausweitung der Zahl an frei zugänglichen Trinkwasserbrunnen, an denen auch selber mitgebrachte Trinkflaschen aufgefüllt werden können. Die Kläranlagen müssen stets modern ausgerüstet werden, um Rückstände von Pestiziden, Hormonen und Medikamenten bestmöglich entfernen zu können.
- Seit dem erfolgreichen ÖDP-Volksbegehren zum Nichtraucherschutz 2010 ist die Luft in allen Gaststätten, Cafés und Innenräumen erheblich besser geworden. Und gerade unter Jugendlichen ist der Anteil der Raucher wesentlich zurückgegangen. Bei gut besuchten Freiluft-Veranstaltungen wie z. B. Klassik-Open-Air, Blaue Nacht, Bardentreffen, aber auch in Freibädern und an VAG-Haltestellen ist das rücksichtslose Rauchen oft noch eine starke Beeinträchtigung für die Mitmenschen. Hier fordern wir, dass klar getrennte Raucherbereiche geschaffen werden, die etwas abseits liegen, sodass niemand gezwungen ist, passiv mit zu rauchen.
- Wir setzen uns für Drogenprävention und Suchtbekämpfung ein. Die Hilfe für Drogenabhängige muss ausgebaut werden.
- Die Einrichtung von Drogenkonsumräumen ist mit Vor- und Nachteilen verbunden. Hygiene und medizinische Versorgung sprechen dafür, dagegen sprechen beispielsweise die hohen Kosten für Einrichtung und Unterhalt. Das Geld dafür darf keinesfalls bei der Drogenprävention, Entzugstherapie oder Rehabilitation abgezogen werden.
- Es soll keine Werbung mehr für Zigaretten, Alkohol und andere Suchtmittel im kommunalen Einflussbereich geben.
- Um an einem Tag in der Woche Zeit für Familie oder Freunde zu haben, dürfen die bestehenden Regelungen zu den Sonntagsöffnungen nicht ausgeweitet werden.

- Wirksamer Schutz vor Strahlenbelastung

Ökologische Sozialpolitik bedeutet die Sicherung eines Maximums an selbstbestimmten Lebensmöglichkeiten, die sich in überschaubaren, dezentralen Strukturen abspielen. Dabei sollte sich die öffentliche Hand so wenig wie möglich einmischen.

Die Zuwendung an Hilfsbedürftige in den Familien, die Nachbarschaftshilfe sowie Hilfeleistungen von kleinen Vereinen in den Stadtvierteln sind jeder Sozialbürokratie überlegen. Die Stadtverwaltung soll deshalb solche Hilfe spürbar fördern. Direktes städtisches Eingreifen soll nur in den Bereichen stattfinden, wo die Bürger in ihrem Engagement überfordert sind und ihre Hilfe nicht ausreicht. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen sind keine Bittsteller, sondern Partner bei der Umsetzung dieser Konzeption.

Gewalt

Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt ist in unserer Gesellschaft zwar verpönt, leider aber immer noch weit verbreitet. In Deutschland war etwa jede dritte Frau schon einmal von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen, jede zweite hat sexuelle Belästigungen erlebt. Häufig geschieht dies versteckt. Kommen derlei Taten ans Licht, ist die Unsicherheit, wie damit umgegangen werden soll, bei Außenstehenden groß. Auch Hilfsangebote für Opfer häuslicher Gewalt oder Gewalt am Arbeitsplatz sind durch finanzielle und personelle Engpässe eingeschränkt.

Deshalb fordern wir:

- Ausbau von Gewaltpräventionsprogrammen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- Spezifische Bildungsangebote zu den Themen Gewaltprävention, Umgang mit Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt, für Lehrer, Sozialarbeiter, Trainer in Sportvereinen und Polizisten
- Mehrsprachige Beratungsangebote für Opfer von Gewalt und deren Angehörige
- Ausreichende und sichere Finanzierung von Beratungsstellen, Frauenhäusern und Gewaltpräventionsprogrammen

Wohnen

- Eine ganz wichtige Aufgabe der kommunalen Sozialpolitik einer Stadt ist es, eine gute Mischung der Generationen und Kulturen zu erreichen. Dies bietet Möglichkeiten gegenseitiger Unterstützung durch Nachbarschaftshilfe und beugt Vereinsamung und Ghettoisierung vor. Wohnungsgenossenschaften (z. B. Mietshäuser-Syndikat) und alternative Wohnmodelle wie Mehrgenerationenhäuser, Tiny-Häuser, Mitwohn-Vermittlungen oder Gemeinschaftsgärten im Wohnquartier sollen unterstützt werden, z. B. bei der Vergabe kostbaren städtischen Baulands.
- Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist sehr groß. Der Soziale Wohnungsbau durch die Stadt muss daher wieder ausgebaut werden. Dies soll aber bevorzugt durch Aufstockung auf bereits bestehende Gebäude oder Wohnungsbau auf

ehemaligen Gewerbegrundstücken geschehen. Bei Neubau von Wohnungen ist darauf zu achten, dass große Wohnungen leicht teilbar werden (Einliegerwohnung). So können Menschen einen Teil der Wohnung abgeben, wenn ihre Kinder ausgezogen sind und müssen selber nicht umziehen.

- Ein stadt eigenes Flächenmanagement soll erhalten bleiben. So wird eher bedarfsgerecht statt renditeorientiert gebaut. Neubauten sollen vorzugsweise auf bestehenden, bereits versiegelten Freiflächen entstehen.
- Bei Neubauten sollen gleich die Möglichkeiten einer Dach- und/oder Fassadenbegrünung mit geplant werden.
- Wohnungen dürfen nicht dauerhaft als Gewerbeflächen genutzt werden. Die eigene Wohnung darf bei vorübergehender Abwesenheit untervermietet werden, jedoch nicht an dauernd wechselnde Mieter (Airbnb).
- Auch Menschen ohne Wohnsitz sind Bürger der Stadt. Wir wenden uns gegen Maßnahmen, Obdachlose aus dem Sichtfeld zu verbannen und sie aus der Stadt zu vertreiben.
- Es gibt für Wohnungslose bereits ein großes Angebot an Schlafplätzen in Gemeinschaftsunterkünften. Diese stehen jedoch Menschen mit Hund nicht offen. Hunde müssen für diese Zeit z. B. im Tierheim untergebracht werden. Da aber für viele Obdachlose das Tier wie ein enger Familienangehöriger ist und das einzige Lebewesen darstellt, bei dem das Bedürfnis nach Nähe und Beziehung erfüllt werden kann, ist eine Trennung für die Nacht ein (zu) großer Einschnitt. Die ÖDP fordert wenigstens eine städtische Obdachloseneinrichtung, in der es eine Möglichkeit gibt, das Tier im selben Haus unterzubringen.

Bildung

Schulen

- Um die Qualität an den Schulen zu steigern und eine optimale und individuelle Lernförderung zu gewährleisten, fordert die ÖDP schon seit Jahren eine zweite pädagogische Kraft in den Klassen. Zudem ist der weitere Ausbau von freiwilliger Nachmittagsbetreuung unerlässlich. An jeder Schule sollte es mindestens einen Sozialarbeiter geben.
- Bildung darf nicht reduziert werden auf reine Nützlichkeit und Verwertbarkeit. Deshalb setzen wir uns für die Förderung ganzheitlicher Bildungsansätze (Lernen mit allen Sinnen) ein. Lobbyarbeit mit kommerziellen Interessen hat an unseren Schulen nichts zu suchen.
- Neben der Schule darf auch das gesellschaftliche und kulturelle Leben nicht zu kurz kommen: Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume für das Engagement außerhalb der Schule, u.a. in Jugendverbänden, Musikschulen und Sportvereinen. Aus diesem Grund soll u.a. die Zusammenarbeit der Schulen mit den genannten Institutionen gestärkt und gefördert werden. Der Besuch von Bibliotheken, Museen und kulturellen Veranstaltungen (z. B. Konzerte und Theater) sollte von pädagogischen Fachkräften vorbereitet und wenn möglich auch begleitet werden. Das öffentliche Bibliothekswesen sichert eine lebendige Lesekultur. Vor allem die Kinder- und Jugendliteratur, aber auch qualitativ hoch stehende Video- und Audio-Angebote sind unverzichtbar. Eine besonders wichtige Bildungsaufgabe ist hier, Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz zu vermitteln.
- Der verantwortungsvolle Umgang mit den neuen Medien und den sozialen Netzwerken im Internet muss den Kindern und Jugendliche im schulischen Bereich durch spezielle Kurse und Angebote frühzeitig vermittelt werden. Dabei sind die Eltern entsprechend einzubinden. Wir fordern, dass außerhalb der Medienerziehung die Schüler erst ab der 3. Jahrgangsstufe im Unterricht mit digitalen Medien arbeiten.
- Alle Kinder sollen in einem gesunden und positiven Umfeld lernen bzw. spielen können. Deshalb fordern wir für alle Schulen und Kindertagesstätten die Sicherstellung einer technisch, pädagogisch und ökologisch angemessenen Infrastruktur/Ausstattung. Dazu gehört die Beachtung von Qualitätsstandards sowohl bei Neubauten als auch bei Renovierungen. Schulneubauten müssen so gebaut werden, dass sie über viele Jahrzehnte hin nutzbar sind. Bestehende Schulgebäude sind bestmöglich zu pflegen und zu erhalten. Hierbei halten wir strahlungsarme und umweltverträgliche Ausstattung für selbstverständlich. Noch bestehende Zugangsbarrieren müssen schnellstmöglich beseitigt werden, um Inklusion überhaupt möglich zu machen. Wir setzen uns für eine bessere Ausstattung der Klassenzimmer ein, was Mobiliar, Lehr- und Lernmaterial für alle Sinne sowie die Computer-Ausstattung betrifft.
- Klassenfahrten sollten aus ökologischen wie sozialen Gründen in einem angemessenen und für alle Eltern möglichen Rahmen stattfinden. Flugreisen sind für Klassenfahrten daher generell auszuschließen. Kindern von einkommensschwachen

Familien sollten entsprechend niederschwellige Zuschussmöglichkeiten angeboten werden.

- Wie bereits in Kindergärten üblich, soll auch in Städtischen Schulküchen und Horten zunehmend gesundes, saisonales Bio-Essen aus der Region angeboten werden. Dabei spielt auch die Ernährungserziehung eine wichtige Rolle. Projekte der „Essbaren Stadt“ oder eine Kooperation Städtischer Schulen mit dem Verein „Ackerdemia“ <https://www.ackerdemia.de/> sollen gefördert werden. Auch sind Möglichkeiten des gemeinsamen Kochens in Ganztageseinrichtungen zu schaffen. Dies führt zu mehr Wertschätzung unserer Nahrung gegenüber, mindert die enormen Abfallmengen und beugt Diabetes und Übergewicht vor.
- Um sicher zu stellen, dass alle Kinder im Stadtgebiet zumindest einmal täglich eine warme Mahlzeit erhalten und um die Notwendigkeit dieser herauszustellen, fordern wir das Angebot eines kostenlosen Mittagessens für alle Schüler, auch außerhalb der Ganztageseinrichtungen.
- Um den Kindern ökologisches Handeln nahe zu bringen und einen Beitrag zugunsten der Umwelt zu leisten, fordern wir verpackungsfreie Schulen und Kitas. Die Installierung eines Trinkwasser-Spenders in allen Schulen und Kitas wäre ein wertvoller Schritt in diese Richtung.
- In Nürnberg gibt es eine Vielzahl an Schulen in freier Trägerschaft mit unterschiedlichen Profilen. Diese sind für die Stadt eine große Bereicherung, da Eltern für ihre Kinder die am besten geeignete Schulform wählen können. Um die Eltern von zu hohen Schulgeldbeiträgen zu entlasten, fordern wir für Kinder, die freie Schulen/Ki-Tas besuchen, die gleichen städtischen Zuschüsse wie für Kinder öffentlicher Schulen. Die Schulen sollen als gleichwertige Alternativen in den städtischen Veröffentlichungen und im Bildungsbericht benannt werden. Auch die freien Schulen sollen die städtischen Schwimmbäder und Sportplätze kostenfrei nutzen können. Die Stadt Nürnberg soll Schulwegkosten für alle Schüler nach den gleichen Regeln übernehmen.
- Um Kindern mit Migrationshintergrund das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, sollen sie intensiv gefördert werden. Dazu gehört ein guter Deutschunterricht. Flüchtlinge mit unklarer Bleibeperspektive sollen ergänzend dazu auch Unterricht in ihrer Heimatsprache erhalten. So wird ihnen bei einer eventuellen späteren Rückkehr das Leben im Heimatland erleichtert.

Volkshochschule und Stadtbibliothek

Neben der Bildung für Kinder ist auch die Erwachsenenbildung als Möglichkeit lebenslangen Lernens wichtig, und es sollte weiterhin niederschwellige Angebote geben.

- Das gute Angebot des Nürnberger Bildungszentrums soll erhalten bleiben und ausgebaut werden. Ein Ausbau scheint beispielsweise für den Bereich Kindererziehung notwendig.
- In der Stadtbibliothek sollte das Ausleihen von Büchern wieder kostenlos ermöglicht werden.

Kultur

“Ein Land ist reich, wenn es die Kultur fördert. Kultur ist Reichtum, nicht umgekehrt.“
(Stardirigent Claudio Abbado, 1933-2014)

Es ist wichtig, dass die Stadt Nürnberg in Zeiten von Kürzungen im kulturellen Bereich ein deutliches Signal setzt. Kultur ist für ein gutes, friedliches Stadtklima von größter Bedeutung. Investitionen in Kultur machen sich an anderer Stelle wieder positiv bemerkbar. Die zahlreichen interkulturellen Festivals haben zudem noch eine völkerverbindende und integrative Funktion und sind eine große Bereicherung für die Stadt Nürnberg. Die Orchesterlandschaft ist in Deutschland einzigartig. Einsparungen hier würden sich sehr empfindlich bemerkbar machen. Eine wertvolle, qualitative, kulturell hochwertige Arbeit ist nur möglich, wenn es entsprechende Unterstützung im kommunalen Bereich gibt. Musik- und Kunstschulen sind eine wertvolle Ergänzung zum Unterricht an den Schulen und haben auch nachweislich positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder. Auch Erwachsenen- und Seniorenarbeit profitieren davon. Sie haben eine integrative Funktion, da durch sie auch Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und aus unterschiedlichen Kulturkreisen zusammengeführt werden können.

Deshalb fordern wir:

- die volle Kostenübernahme für Staatsoper und Staatstheater durch die Bayerische Staatsregierung,
- die finanzielle und personelle Sicherung der städtischen Musikschule
- Bereitstellung/Schaffung bezahlbarer Räumlichkeiten für freie Kulturschaffende, z. B. in der Kongresshalle

Menschenrechte, Migration

Es ist wichtig, dass eine offene, tolerante Kultur gefördert wird, damit Menschen verschiedener Herkünfte und Hintergründe ohne Angst in unserer Stadt leben können und keiner gesellschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt sind.

Angesichts der grauenvollen nationalsozialistischen Vergangenheit Nürnbergs erwarten wir eine fortlaufende Kultur der Aufarbeitung und der Verhinderung ähnlich motivierter Gewalttaten. Morde wie die des NSU, müssen zukünftig mit aller Macht verhindert werden. Rechtsextremen Umtrieben muss die Stadtgesellschaft in Nürnberg weiterhin mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Wir freuen uns über den breiten Schulterschluss der Kommunen, Vereine und Initiativen in Nürnberg und Umgebung, die die Arbeit der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ tragen, die wichtige Aufklärungsarbeit und Gegenwehr leistet und deren Mitglied wir sind.

Wir fordern im Einzelnen:

- Keine Millioneninvestitionen in den Erhalt der Zeppelintribüne, sondern gesichertes Verfalllassen als mahnende Ruine.
- Schulungen der Polizei und von städtischen Beamten (insbesondere im Ausländeramt) im Bereich gewaltfreier Kommunikation und wertfreies Auftreten gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten.
- Förderung von interkulturellen Treffpunkten und soziokulturellen Begegnungsstätten, von welchen alle Menschen profitieren.
- Der Integrationsrat im Stadtrat soll nicht nur beratende Funktion haben, sondern bei bestimmten Themen auch mitentscheiden können.
- Das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die bereits länger in Nürnberg leben, denn zur Integration gehört auch, dass ausländische Bürger auf politischer Ebene mitgestalten können.
- Einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen in der Stadt: Grundsätzlich dürfen Familien nicht getrennt werden. Kranke und auch psychisch Kranke müssen eine angemessene medizinische Versorgung erhalten.
- Geflüchtete müssen zügig die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung zu machen oder in Arbeitsstellen integriert zu werden. Denn nur dann können sie sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen. Wenn sie dann nach Jahren doch in ihre Heimat zurückkehren, haben sie wertvolle Qualifikationen erworben, die ihnen auch das Wieder-Fuß-Fassen im Herkunftsland erleichtern.
- Erhalt und Ausbau von Deutschkursen wie z. B. des Angebotes "Mama lernt Deutsch und Papa auch"

Wir wollen eine flüchtlingsfreundliche Stadt, ein sicherer Hafen bleiben! Durch eine dezentrale Unterbringung werden interkulturelle Kontakte erleichtert, Migranten können dann schneller eine Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft werden.

Tierschutz

Wildtiere in der Stadt

In der Stadt Nürnberg gibt es einige Vereine, die sich um verlassene, verletzte oder aus illegaler Einfuhr gerettete Tiere kümmern (Tierheime). Ebenso gibt es private Initiativen, die sich speziell um Wildtiere in der Stadt (Tauben, Gänse, Igel, Frösche...) bemühen. Alle diese Arbeiten erfordern viel ehrenamtliches Engagement.

Weitere Wildtiere werden im Nürnberger Tiergarten gehalten. Hier gibt es unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen. Besonders kritisch betrachten wir das Halten von Delfinen in sehr engen Becken. Es hat sich gezeigt, dass sich die Nachzucht von Delfinen extrem schwierig gestaltet. Die Delfin-Lagune im Tiergarten ist sehr teuer, so dass die Eintrittspreise seit ihrer Eröffnung stark erhöht werden mussten. Und nun gab es auch noch technische Probleme mit einem Salzwasser-Leck, das aufwändig saniert werden musste.

Wir fordern:

- Stärkung ehrenamtlicher Tierschutz-Initiativen bei der Bereitstellung von Räumen/Flächen, sowie regelmäßig anfallenden Kosten für Futter und Kastration.
- Schließung des Nürnberger Delfinariums

Nutztiere

In Deutschland verzehren wir durchschnittlich 60 kg Fleisch pro Jahr und Person. Dieser hohe Verbrauch kann nicht durch Tiere aus artgerechter Haltung gedeckt werden. So werden die meisten sogenannten Nutztiere auf sehr engem Raum gehalten, bekommen ihre Hörner, Schwänze, Schnäbel amputiert, damit sie sich nicht gegenseitig verletzen, und stehen meist auf pflegeleichten Spaltenböden, was zu Gelenkentzündungen führt. Wenn Tiere sehr eng gehalten werden, erfordert das einen erhöhten Antibiotika-Bedarf, da ein krankes Tier schnell einen großen Bestand anstecken kann. Zum Schutz unserer Mitgeschöpfe, der Tiere, sowie für unsere eigene Gesundheit muss der Fleischkonsum deutlich gesenkt werden.

Im Klinikum Nürnberg werden derzeit Tiere für Tierversuche benutzt. Wir halten dies für nicht mehr notwendig, weil die Ergebnisse meist nur schlecht auf den Menschen übertragbar sind und es bereits alternative Testmethoden gibt. Siehe unter:

www.aerzte-gegen-tierversuche.de

Wir fordern:

- In Kantinen und Mensen soll zunehmend vegetarisches und veganes Essen aus regionaler und biologischer Landwirtschaft angeboten werden.
- Keine Tierversuche am Nürnberger Klinikum

Haustiere

In Deutschland gibt es noch keine bundesweite Pflicht zum Hundeführerschein. Einige Bundesländer verlangen ihn für alle, manche nur für sogenannte Listenhunde.

Wir fordern:

- Jeder, der sich einen Hund neu anschaffen möchte, soll verpflichtet sein, einen Hundeführerschein zu haben. Dies muss vor dem Hundekauf geprüft werden. Zukünftige Hundehalter sollen lernen, wie man die Tiere pfleglich behandelt und wie viel so ein Hund überhaupt kostet. So können unüberlegte Anschaffungen verhindert werden, und weniger Vierbeiner landen auf der Straße oder im Tierheim. Alle Hundehalter sind damit besser aufgeklärt.

Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit

Die ÖDP Nürnberg setzt sich für die Erhöhung der Lebensqualität für alle ein.

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, gibt unser Grundgesetz vor. Artikel 151 unserer bayerischen Verfassung lautet: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Die einseitige Ausrichtung der Politik auf Wirtschaftswachstum stellt auch unsere Stadt vor gravierende Probleme. Die Verkehrsinfrastruktur ist überlastet, die Belastung von Luft und Wasser ist erheblich, der Druck auf die verbliebenen Grünflächen ist immens, und Wohnraum wird für viele zur unerschwinglichen Mangelware. Die Schere zwischen Arm und Reich geht zunehmend auseinander, immer mehr Menschen können mit dem zunehmenden Druck nicht mehr umgehen, auch immer mehr Kinder werden krank.

- Nürnberg ist eine Stadt mit langer Tradition von Handwerk, Industrie und Handel. Wir wollen uns dabei am Konzept des „Ehrbaren Kaufmanns“ orientieren, welches auch die IHK Nürnberg für Mittelfranken propagiert.
- Die ÖDP tritt für eine neue Form des Wirtschaftens ein, die Gemeinwohl-Ökonomie. Auch diese funktioniert nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, stellt aber, wie von Grundgesetz und Bayerischer Verfassung gefordert, das Wohl aller statt nur den Gewinn einzelner in den Mittelpunkt. Dieses Modell geht zudem schonend mit den Ressourcen um, dient also Mensch und Umwelt.
- Wir wollen die Einführung einer eigenen Regionalwährung prüfen, zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Zudem will die ÖDP ein Netzwerk solidarischer Ökonomie gründen, um unser Modell der Gemeinwohlwirtschaft auf kommunaler Ebene umzusetzen.
- Firmen, die offensichtlich kein Interesse am Gemeinwohl haben, sollen keine Anreize zur Ansiedlung erhalten.

Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern

Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in Nürnberg dauerhaft zu sichern. Entscheidend für die ÖDP sind die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsplätze. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Wir fordern die Ausweitung der Existenzgründerprogramme und speziell Beratungsangebote für die Förderung von Existenzgründungen von Frauen.

Wir fordern deshalb:

- Einführung eines „Fair-Kaufmarktes“ analog zu „Bio Erleben“

- Förderung einer Mischstruktur aus kleinen und mittleren regionalen Betrieben
- Gründung eines Netzwerkes solidarischer Ökonomie
- Einführung einer regionalen Währung „Franken“ nach dem Vorbild des Bremer Rolands oder des Berchtesgadener Chiemgauers
- Bevorzugung lokaler kleiner, mittlerer und regionaler Unternehmen und Unternehmen des Netzwerkes bei der Vergabe von städtischen Aufträgen und Flächen
- Förderung von kooperativen und solidarischen Genossenschaftsmodellen
- Nachhaltiges Nürnberg, Förderung von Mehrweg und Verpackungs-Reduzierung, Vergabe eines entsprechenden städtischen Siegels
- Einleitung eines tiefgreifenden Strukturwandels in Nürnberg durch gezielte Förderung von Betrieben mit umweltschonenden Produkten, Produktionsverfahren und Technologien
- Ausbau und Unterstützung der regionalen Wertschöpfungskette
- Keine Beschäftigung von Leiharbeitern und keine mehrfach hintereinander befristeten Arbeitsverträge bei der Stadt Nürnberg
- Stärkung der Jobcenter, um deren Hauptaufgabe – die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen – zu verbessern

Investition in städtische Infrastruktur und Leitungsnetze

Vernachlässigte Investitionen in Schulen, Kanalsystem und Internetanschlüsse sind nachzuholen. Eine nicht ausreichend erforschte Technik wie 5G können wir nur vorbehaltlich wissenschaftlicher Überprüfung der Gefahren befürworten.

Wir fordern deshalb:

- Prüfung des Baus von Geothermieanlagen
- Einführung einer Verpflichtung von Mobilfunkanbietern zur TÜV-Überprüfung von Sendemasten
- Zulassung von neuen Techniken wie 5G nur bei wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Strahlungsbelastung und Information der Anwohner in der Nähe von Sendeeinrichtungen
- Überprüfung alternativer Techniken wie LiFi anstelle von 5G für das Internet of things

Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen

Ein lebenswertes Nürnberg benötigt eine Stadtverwaltung und städtische Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen für die Nürnberger Bevölkerung erbringen und dabei Wirtschaftlichkeit und Effizienz berücksichtigen.

Die konsequente und rasche Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben und Stadtratsbeschlüssen ist eine Basis für die hohe Lebensqualität. Die städtischen Beschäftigten brauchen hierfür ideale Arbeitsbedingungen, gute Personalstruktur und garantierte sichere Arbeitsplätze.

Das Fundament einer gut funktionierenden Stadtverwaltung ist transparentes Verwaltungshandeln ohne Interessenkonflikte. Deshalb sind die Tätigkeiten der

Stadtverwaltung als Genehmigungsbehörde von denen als Überwachungsbehörde strikt zu trennen und dürfen keinesfalls innerhalb eines Referates angesiedelt sein.

Die Nürnberger ÖDP fordert deshalb:

- Keine Privatisierung
 - von Krankenhäusern
 - der Trinkwasserversorgung.
 - von stadt eigenen Betrieben und Unternehmen (etwa Stadtparkasse, Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Abfallwirtschaftsbetriebe)
- Die Stadt Nürnberg erstellt für sich und für alle städtischen Betriebe und Beteiligungsunternehmen jährlich eine Gemeinwohlbilanz.
- Nachhaltigkeitskriterien erhalten Priorität bei der öffentlichen Beschaffung.
- Trennung von konfliktträchtigen Zuständigkeiten im selben Haus, denn dann fehlt die objektive Prüfung und Kontrolle.
- Vorbildhafte Ausbildung von Arbeitskräften durch die Stadtverwaltung
- Die Stadt muss mit flexiblen Arbeitszeitmodellen auf die Bedürfnisse der Beschäftigten, insbesondere bei Familien, eingehen. Eine weitere Erhöhung der Teilzeitarbeitsquote, auch in Führungspositionen, ist daher anzustreben.
- Abbau von sachlich unbegründeten befristeten Zeitverträgen bei der Stadt Nürnberg
- Schnelle Nachbesetzung von frei gewordenen, als notwendig anerkannten Planstellen
- Vorhalten einer ausreichenden Zahl von „Springern“, um das bestehende Personal der Stadt bei Ausfällen und Erkrankungen zu entlasten

Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern

Da sich Nürnberg längerfristig auf eine Postwachstums-Ökonomie einstellen muss, soll sich Nürnberg nach Möglichkeit nicht weiter verschulden sondern versuchen, die Schulden abzubauen. Einsparungen dürfen nicht zu Lasten der Standards von Umweltschutz, Tierschutz, Bildung, Erziehung oder Gesundheit gehen, denn besser wir hinterlassen den kommenden Generationen Geld-Schulden als eine zerstörte Umwelt.

Wir fordern deshalb:

- Wir sind für eine Finanzpolitik, die kommende Generationen nicht belastet.
- Investitionskredite für notwendige langfristige Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen betrachten wir als zulässig, insoweit ein mittelfristiger Abbau gewährleistet ist.
- Notwendige Investitionen müssen vor allem für Schulen, Krankenhäuser, Radverkehr, ÖPNV und Barrierefreiheit getätigt werden.
- Wir sind für Investitionen, die für eine schnellstmögliche Klimaneutralität benötigt werden, und solche, die die Nürnberger Industrie- und Gewerbebetriebe beim Übergang zu ökologisch und sozial nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen unterstützen und fördern.
- Wir sind für Investitionen in die Umsetzung der dringend notwendigen Verkehrswende in Nürnberg.

- Wir sind für den Abbau von Subventionen und Förderungen, die klima-, ökologisch oder sozial schädliche Auswirkungen haben.
- Verstärkte Prüfung städtischer Ausgaben auf ihre Notwendigkeit. Prämierung aller eingereichten Verbesserungsvorschläge.
- Prüfung von Gebühren, Abgaben und städtischen Steuern zur Erhöhung der städtischen Einnahmen
- Prüfung der Kompetenz zur Steuererhebung beim Gesetzgeber für eigene städtische Einnahmen wie etwa Übernachtungspauschalen etc.

Dieses Kommunalwahlprogramm der ÖDP Nürnberg wurde erstmals von Vorstand und den ersten 10 Listenkandidaten am 21.02.2020 beschlossen.

Die hier vorliegende Fassung (Stand 29.02.2020) enthält die am 25.02.2020 beschlossene Änderung in der Gliederung.